



Universitätsklinikum A.ö.R., Leipziger Str. 44, 39120 Magdeburg

- Bundesministerin für Gesundheit Nina Warken l1@bmg.bund.de
- Bundeskanzler Friedrich Merz bk@bk.bund.de
- Bundesfinanzminister Lars Klingbeil minister@bmf.bund.de
- Bundesministerin für Arbeit und Soziales Bärbel Bas ministerbuero@bmas.bund.de
- Vorsitzender der Bundestagsfraktion von SPD Dr. Matthias Miersch matthias.miersch@bundestag.de
Vorsitzender der Bundestagsfraktion CDU/CSU Jens Spahn jens.spahn@bundestag.de

Personalrat

Universitätsklinikum Magdeburg A.ö.R.
Leipziger Str. 44
39120 Magdeburg

Telefon: +49 391 67-15167
Telefax: +49 391 67-15165
(prmed@med.ovgu.de)
www.med.uni-magdeburg.de/fme/prmed/

Ihre Zeichen, Ihre Nachricht vom:

Unsere Zeichen:
Sch/Szym

Durchwahl:
67-15167

Datum:
22.04.2026

nachrichtlich:

- Vorsitzende der Bundestagsfraktionen Bündnis 90 Die Grünen Katharina Dröge, Britta Hasselmann katharina.droege@bundestag.de, britta.hasselmann@bundestag.de
- Vorsitzende der Bundestagsfraktion DIE LINKE. Sören Pellmann, Heidi Reichinnek soeren.pellmann@bundestag.de, heidi.reichinnek@bundestag.de
- Stellv. Vorsitzende und Sprecher*innen Gesundheitspolitik von CDU/CSU Fraktion, Albert Stegmann, Tino Sorge, albert.stegemann@bundestag.de, tino.sorge@bundestag.de
- Stellv. Vorsitzende und Sprecher*innen Gesundheitspolitik und SPD Fraktion, Dagmar Schmidt, Dr. Christos Pantazis dagmar.schmidt@bundestag.de, christos.pantazis@bundestag.de

Protestbrief gegen den Referentenentwurf des Gesetzes zur Stabilisierung der Beitragssätze in der gesetzlichen Krankenversicherung

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir, der Personalrat des Universitätsklinikums Magdeburg A.ö.R., vertreten die Interessen von rund 4.300 Beschäftigten. Der vorliegende Referentenentwurf des Gesetzes zur Stabilisierung der Beitragssätze in der gesetzlichen Krankenversicherung sehen wir als Kampfansage an die Beschäftigten und Patientinnen und Patienten.

Die aktuell vorliegenden Pläne werden massive Auswirkungen auf die Arbeit der Kolleginnen und Kollegen haben, die jeden Tag auf Station, in den Funktionsbereichen, in Diagnostik, Therapie, Service, Technik und Verwaltung alles für eine gute Versorgung der Patientinnen und Patienten geben. Alle Erfolge der letzten Jahre, das Gesundheitswesen als Arbeitsplatz attraktiver zu machen, drohen zunichte gemacht zu werden. Mit der Umsetzung der Pläne würde sehenden Auges riskiert, dass der Arbeitskräftemangel durch verschlechterte Arbeitsbedingungen forciert und Personal in den Leistungsbereichen abgebaut wird. Das hätte dramatische Folgen für die Versorgungsqualität und -sicherheit, denn genug Personal ist entscheidende Voraussetzung für gute und sichere Versorgung.

Wir fordern Sie dringend auf, die geplante Deckelung des Pflegebudgets sowie die Aussetzung der vollständigen Refinanzierung von Tarifsteigerungen nicht weiter zu verfolgen. Diese Maßnahmen

würden dazu führen, dass Krankenhäuser steigende Kosten dauerhaft auf dem Rücken von uns Beschäftigten zu kompensieren versuchen. Nur mit einer bedarfsgerechten Finanzierung können das notwendige Personal, Entlastungsmaßnahmen und Verbesserungen der Arbeits- und Ausbildungsbedingungen – eine Arbeit im Gesundheitswesen, die uns selbst nicht krankmacht – ermöglicht werden.

Die Beschäftigten im Gesundheitswesen würden mit Ihrer verfehlten Politik doppelt bestraft: Als Arbeitnehmer*innen und Versicherte in der gesetzlichen Krankenversicherung. Wir wenden uns auch entschieden gegen Einschnitte bei Krankengeld und –leistungen. Viele unserer Kolleginnen und Kollegen engagieren sich über ihre körperliche und psychische Belastungsgrenze hinaus, um das Gesundheitswesen am Laufen zu halten. Wenn wir selbst krank werden, erwarten wir weiterhin eine gute Absicherung über unser Solidarsystem. Wir fordern die Bundesregierung nachdrücklich auf, den Gesetzentwurf in der vorliegenden Form nicht zu beschließen:

- Eine Deckelung des Pflegebudgets und auch von Personalkosten in anderen Bereichen darf nicht erfolgen, solange es keine bedarfsgerechte Ausstattung gibt.
- Tarifsteigerungen und tarifliche Entlastungsregelungen sind weiterhin vollständig und dauerhaft zu refinanzieren.
- Kürzungen beim Krankengeld in Höhe und Dauer dürfen nicht weiterverfolgt werden.
- Versicherungsfremde Leistungen sind aus dem Bundeshaushalt zu finanzieren und der Bundeszuschuss zur GKV ist dynamisch anzupassen.
- Eine nachhaltige, bedarfsorientierte Finanzierung der Krankenhäuser zu organisieren, die gute Arbeit und sichere Versorgung ermöglicht.

Strukturelle Reformen im Gesundheitswesen sind notwendig. Das muss allerdings möglich sein, ohne diejenigen zu bestrafen, die das System täglich tragen.

Gesundheit ist keine Ware. Wir tragen als Beschäftigte im Gesundheitswesen auch zum Wohlstand in unserem Land bei. Eine leistungsfähige Gesundheitsversorgung ist hierfür zentrale Voraussetzung und trägt außerdem erheblich zur gesellschaftlichen Stabilität bei. Ohne gesunde Beschäftigte, verlässliche Krankenhäuser und funktionierende Versorgung verliert der Wirtschaftsstandort Deutschland an Produktivität, Fachkräften und Zukunftsfähigkeit. Wer heute an Gesundheit und Pflege spart, gefährdet morgen Wachstum, Innovation und sozialen Zusammenhalt.

Wir werden uns zur Wehr setzen, damit eine Reform nicht auf unserem Rücken und denen unserer Kolleginnen und Kollegen umgesetzt wird.

Mit freundlichen Grüßen



R. Szymkowiak

Vorsitzender